

tacheles

Informationsmagazin der
Landesapothekerkammer Brandenburg

September 2021
Ausgabe 3

2

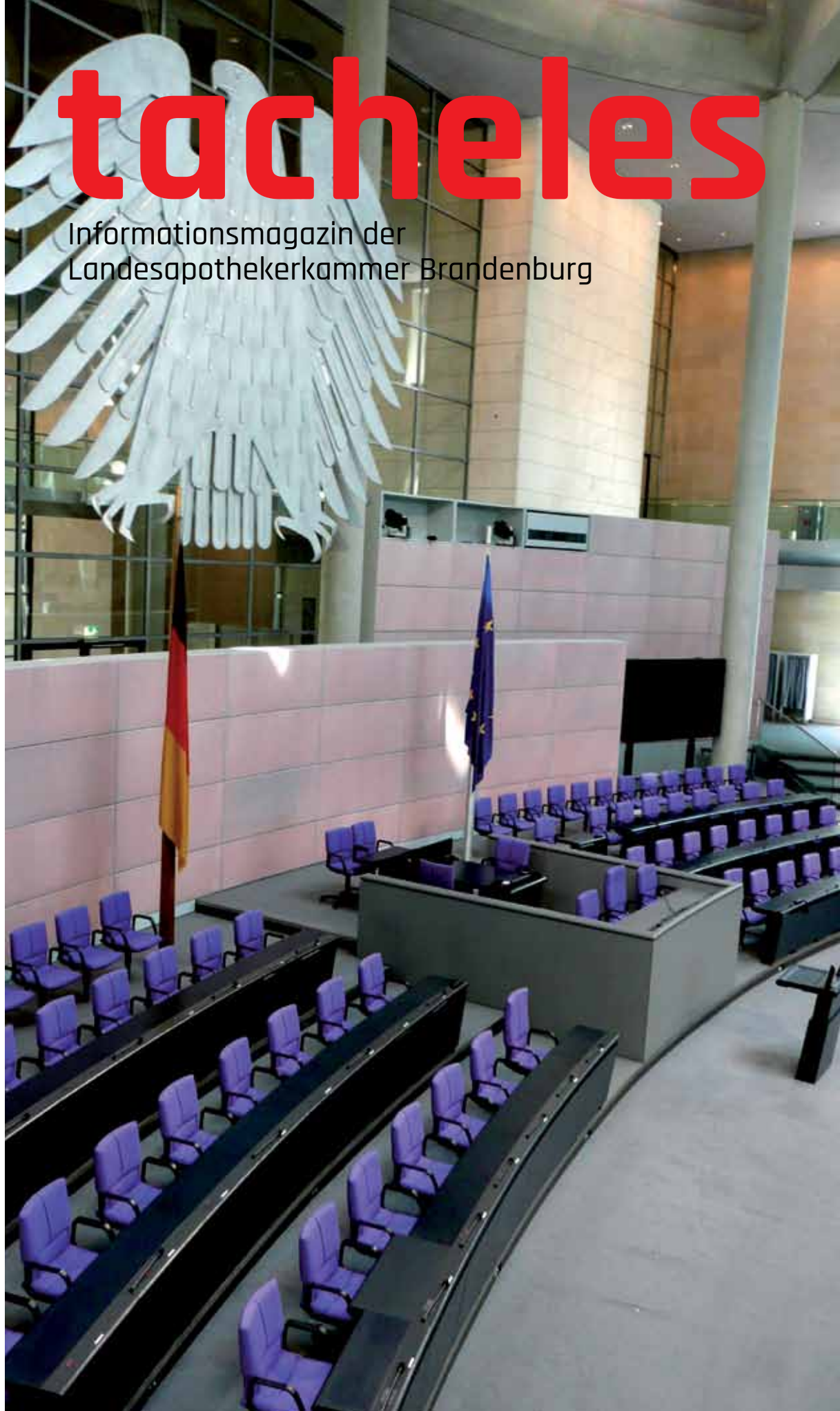
DEUTSCHLAND HAT DIE WAHL

Welchen Einfluss hat die
Gesundheitspolitik auf die
Bundtagswahl 2021?

3

UNSERE ERWARTUNGEN AN DIE POLITIK

Wünsche und
Forderungen
der Apothekerschaft



HERAUSGEBER: DIESES MAGAZIN LIEGT IN DER VERANTWORTUNG DER LANDESAPOTHEKERKAMMER BRANDENBURG UND BIETET SEINEN KAMMERANGEHÖRIGEN UND INTERESSIERTEN LESERN HINTERGRUNDINFORMATIONEN UND MEINUNGEN ZUM BERUFSSTAND DES APOTHEKERS.

GESUNDHEIT? WAHLENTSCHEIDEND!

Kaum ein Thema ist für Deutschlands Bürger wichtiger bei der Wahlentscheidung als die Gesundheits- und Pflegepolitik. Apothekerinnen und Apotheker haben klare Erwartungen, wie diese künftig gestaltet werden kann.



DEUTSCHLAND HAT DIE WAHL

Am 26. September hat Deutschland wieder die Wahl. Und selten war der Ausgang des Wählerstimmens so offen wie in diesem Jahr. Je nach aktueller Sonntagsfrage sind die unterschiedlichsten Koalitionen möglich – dabei auch neue, mit denen unser Land bislang noch keine Erfahrung hatte. Klar ist bislang nur, dass die politische Farbenpalette nach dem Rückzug von Angela Merkel jetzt völlig neu gemischt werden könnte. Schon jetzt ist auch absehbar, dass sich der Deutsche Bundestag deutlich verjüngen wird. Nach derzeitigen Schätzungen werden bis zu 30 Prozent der Abgeordneten neu in das Parlament einziehen. Viele von ihnen denken digitaler und stehen wahrscheinlich für einen sich wandelnden Politikstil.

Selten dürfte auch die Gesundheitspolitik einen so großen Einfluss auf die Wahlentscheidung gehabt haben wie in diesem Jahr. Der Umgang mit der Coronapandemie in Deutschland und Europa hat in den letzten Monaten immer wieder zu großen Verschiebungen der Zustimmungswerte für die einzelnen Parteien und deren Spitzenvertreter geführt. Die Diskussion um die Impfpflicht ist dabei nur ein aktuell besonders markanter Punkt. Die Flutkatastrophe im Westen Deutschlands hat zudem den Klimaschutz wieder mehr ins Zentrum der Beurteilung politischen Handelns geführt. Und nicht zuletzt haben bekannt gewordene Nebentätigkeiten der Volksvertreter dem Thema Transparenz eine völlig neue Bedeutung zugemessen. Denn gerade in Krisenzeiten sind Vertrauen und Zuverlässigkeit besonders wichtige Faktoren für die Wahlentscheidung der Bürger.

tacheles möchte in dieser Ausgabe herausarbeiten, welche Erwartungen Apothekerinnen und Apotheker sowohl an die neue Bundesregierung als auch an die in Brandenburg haben. Denn nach dem Grundgesetz gehört die Gesundheit zu den Politikfeldern, die in besonderer Verantwortung der Bundesländer liegen. Wir haben die elf Vorstandsmitglieder der Landesapothekerkammer Brandenburg zu ihren ganz persönlichen Erwartungen und Wünschen befragt. Auch wenn das Ergebnis damit natürlich subjektiv ist, steht es doch für die Meinung der großen Mehrheit von Apothekerinnen und Apotheker in unserem Bundesland. Ihnen wünschen wir eine spannende Lektüre!

Ihr Jens Dobbert



Gerade in Krisenzeiten sind Vertrauen und Zuverlässigkeit besonders wichtige Faktoren für die Wahlentscheidung der Bürger.

Jens Dobbert,
Präsident der Landesapothekerkammer Brandenburg

VERLÄSSLICHKEIT, WERTSCHÄTZUNG
UND DIALOGBEREITSCHAFT

Das erwarten Apothekerinnen und Apotheker!

Wenn es um ihre Erwartungen an die künftige Politik geht, stehen bei Apothekerinnen und Apothekern Verlässlichkeit, Wertschätzung und wirkliche Dialogbereitschaft an oberster Stelle ihrer Wunschliste an die Politiker. Dies ergab eine tacheles-Umfrage bei den elf Vorstandsmitgliedern der Landesapothekerkammer Brandenburg, die damit ganz sicher auch ihren Kolleginnen und Kollegen im Land aus dem Herzen sprechen.

Auch und besonders nach den bisherigen Erfahrungen in der Coronapandemie hält **Jens Dobbert** dabei einen verlässlichen Handlungsrahmen für besonders wichtig. „Hier haben sich Apotheken als zuverlässige Stabilisatoren der Infrastruktur erwiesen“, erklärt der gerade wiedergewählte Präsident der Landesapothekerkammer Brandenburg. Wir waren bereit, auch extrem kurzfristige Aufgaben außerhalb der pharmazeutischen Arbeit zu übernehmen und zielorientiert umzusetzen.“

Zusätzliche Arbeit erfordere aber eine zusätzliche Entlohnung, die auf seriösen und nachhaltigen Füßen steht. „Ich fordere die Politik daher auf, die Berechnung von zusätzlichen Aufgaben auf Basis einer nachvollziehbaren ökonomischen Grundlage zu erstellen und dabei

auch sich dynamisch entwickelnde Kosten zu berücksichtigen“, betont der Inhaber der Apotheke Cottbuser Straße in Forst und der Turm-Apotheke in Spremberg.

Pharmaziestudiengang bietet Chance, die nicht verspielt werden darf

Verlässlichkeit fordert Dobbert aber auch von der brandenburgischen Landesregierung. Für mich ist es überhaupt nicht nachvollziehbar, dass das Land die von ihm selbst initiierten Planungen für die Einrichtung eines Pharmaziestudienganges in Brandenburg offenbar komplett einstellen will. Angesichts der gerade vorgestellten Planungen für die Etablierung einer staatlichen Medizinerbildung in der Lausitz werde so eine geradezu historische Chance verspielt. „Ärzte, Zahnärzte und Apotheker absolvieren nicht nur verwandte akademische Ausbildungen. Zwischen ihnen gibt es auch in der späteren Berufstätigkeit erhebliche und erwiesene Wechselwirkungen. Hier könnte man zudem ohne großen Aufwand die von der Expertenkommission geforderte Interprofessionalität der Ausbildung umsetzen. Brandenburg könnte so beispielgebend für ganz Deutschland werden.“ Dobbert fragt sich daher zu Recht, wann dies endlich umgesetzt wird.

Multiprofessionalität ist wichtig für die Zukunftsfähigkeit

In ähnlicher Richtung äußert sich der 1. Vizepräsident der Kammer, **Hansjörg Fabritz**. Der Inhaber der Regenbogen-Apotheke in Falkensee verweist dabei auf die politisch immer noch viel zu wenig beachtete pharmazeutische Qualität. „Neben ausreichender Zeit für Beratung ist dafür die fachliche Diskussion mit Ärzten auf Augenhöhe besonders wichtig. Was könnte dafür wegweisender sein als der immer wieder auch staatlich geförderte Kontakt zwischen Medizinern und Pharmazeuten schon vom ersten Semester an? Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung ist die Förderung der Multiprofessionalität einer der entscheidenden Faktoren für die Zukunftsfähigkeit unseres Gesundheitssystems. Die Pandemie hat gezeigt, dass unser System umso erfolgreicher ist, je enger die Zusammenarbeit zwischen den Sektoren des



Gesundheitswesens funktioniert. Hier sind neben Ärzten und Apothekern insbesondere auch die Pflege und die anderen Gesundheitsberufe mit einzubeziehen. Warum geht Brandenburg jetzt nicht als gutes Vorbild schon in der Ausbildung voran?“

GESUNDHEITSPOLITIK ALS WICHTIGER FAKTOR FÜR DIE WAHLENTSCHEIDUNG

Für 68 Prozent, also mehr als zwei Drittel der Deutschen hat die Gesundheits- und Pflegepolitik der künftigen Regierung eine große bis sehr große Bedeutung bei Stimmenabgabe zur bevorstehenden Bundestagswahl. Das geht aus einer aktuellen und repräsentativen Online-Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YOUGov hervor. Damit liegen die gesundheitspolitischen Themen sogar noch vor Wirtschafts- und Steuerpolitik (61 Prozent), Bildungs- und Forschungspolitik (58 Prozent) sowie Klima- und Umweltpolitik (57 Prozent). Wichtiger als die Gesundheit ist den Bürgerinnen und Bürgern demnach nur die Sozial- und Rentenpolitik (71 Prozent).

Mehr als 2.000 Menschen ab 18 Jahren wurden gefragt: „Welche Bedeutung haben für Sie die Positionen der Parteien / Kandidaten hinsichtlich der unten aufgeführten Politik-Bereiche bei Ihrer Wahlentscheidung für die nächste Bundestagswahl?“ Die Gesundheits- und Pflegepolitik ist dabei für 35 Prozent der Befragten von sehr großer, für 33 Prozent von großer Bedeutung. Das Ergebnis macht deutlich, welchen Stellenwert die aktuelle und vor allem künftige Gesundheitspolitik in der Bevölkerung hat und dass diese Themen durchaus wahlentscheidend sein können.

In Auftrag gegeben wurde die Studie von der Initiative „Wahlradar Gesundheit“, die den lokalen Dialog zwischen Apothekern und den Direktkandidaten aus dem jeweiligen Wahlkreis zum aktuellen Stand und zur Zukunft der Gesundheitsversorgung der Menschen vor Ort fördert.

(Quelle: ABDA; Wahlradar Gesundheit www.wahlradar-gesundheit.de)



Verlässliche Rahmenbedingungen unverzichtbar

Zuverlässigkeit gehört auch für **Katrin Wolbring**, die 2. Vizepräsidentin der Landesapothekerkammer und Apothekenhalterin in Senftenberg, ganz oben auf die politische Agenda. „Meine Wunschliste an die Politik ist zwar kurz, aber dafür umso bedeutender: Meinen Beruf als Apothekerin möchte ich mit langfristig verlässlichen Rahmenbedingungen ausüben können. Ich kann mir keinen schöneren Beruf vorstellen, aber es braucht eine rechtlich und wirtschaftlich sichere Perspektive. Auf uns Apothekerinnen und Apotheker konnte sich die Politik nicht zuletzt in der Pandemie stets verlassen. Das gleiche erwarte ich umgekehrt auch von denen, die künftig die Verantwortung für das Regelwerk unseres Gesundheitssystems tragen.“

“
Es braucht eine rechtlich und wirtschaftlich sichere Perspektive.“



Sonderregeln der Pandemiezeit verlängern

Die angestellte Apothekerin **Alexandra Dreher** wünscht sich ebenfalls, dass Interimsregeln aus der Coronapandemiezeit in die Regelversorgung mit Arznei- und Hilfsmitteln übernommen werden. „Die Sonderregeln der Pandemiezeit haben nicht nur zusätzliche Kontakte vermieden, sondern auch den Beginn von Therapien schneller gemacht. In der täglichen Arbeit ging es nicht darum, Einsparpotenziale überhaupt nicht zu nutzen, sondern dort, wo es aus Sicht der aktuellen Situation wirklich notwendig war, sofort eine möglichst kostenbewusste Versorgung zu gewährleisten. Diese „begründungspflichtige Elastizität“ sei insbesondere bei herstellerbedingten Versorgungsengpässen hilfreich gewesen und habe auch Arztpraxen hinsichtlich ausgebliebener Gegenzeichnungspflichten entlastet. Aufgrund unseres breiten Hochschulstudiums sollte die verantwortungsvolle Entscheidungsfähigkeit solcher Prozesse in Apotheken endlich anerkannt werden.“

“
Unsere verantwortungsvolle Entscheidungsfähigkeit muss endlich anerkannt werden.“

Apotheker erwarten aktives Zuhören der Politik

Gleich mehrere Herzenswünsche hat **Dr. Sabine Gohlke** an die künftige Politik. So erwartet sie von Politikern einen respektvollen Umgang mit den Apothekern. Dazu passe es beispielsweise nicht, dass Berufsvertreter bei Krisengesprächen zur Pleite des Abrechnungszentrum AvP geradezu abgekanzelt wurden, sagt die Inhaberin der Kranich-Apotheke in Hönow. „Als verantwortliche Gestalter der Gesellschaft fordere ich von der Politik Respekt für unseren Berufsstand und Sachkenntnis der Rahmenbedingungen, in denen wir uns bewegen. Unsere Berufsvertreter erbitten Gesprächstermine aus wichtigen Gründen und dürfen ein zielorientiertes, durch den Austausch von Argumenten geprägtes Gespräch erwarten. Dialoge erfordern nicht nur Reden, sondern auch aktives Zuhören!“ Seit Jahren würden Apotheken in gesundheitspolitischen Diskussionen immer wieder auf den „Kostenfaktor Arzneimittel“ reduziert. „Im Alltag sind wir jederzeit da für die Bevölkerung vor Ort, verlässlich, vertragskonform, alles erklärend. Wir sind eine der Schnittstellen zum ‚Menschen in seiner Ausnahmesituation‘, wenn der sonst logisch organisierte Alltag durch eine Erkrankung durcheinandergerät. Der Zugang zur Institution öffentliche Apotheke ist jederzeit niedrigschwellig und auf fachkundiges, laufend fortgebildetes Personal treffend möglich. Das ist deutlich mehr als ein Preis in Euro je Packung.“



“
Arzneimittel dürfen nicht trivialisiert werden.“



Arzneimittel dürfen nicht länger trivialisiert werden

Knut Hanika, Inhaber der Apotheke zum Kreuz in Drebkau, erwartet von der Politik, dafür Sorge zu tragen, dass Arzneimittel nicht durch Preisdumping oder reißerische Werbung trivialisiert werden. „Es gehört auch zur Gesundheitsvorsorge der Bevölkerung, das Bewusstsein der Menschen dafür aufrechtzuerhalten, dass Medikamente eine Ware der besonderen Art sind. Nach wie vor gehören für mich Arzneimittel nicht in den Versandhandel. Bei Tierarzneimitteln ist das Verbot ja interessanterweise auch möglich.“ Zudem müsse die Versorgung und Hilfe für die Patienten wieder auf breiter Basis möglich sein. „Im Hilfsmittelbereich weiß man als Apotheker heute fast gar nicht mehr, womit und dann noch zulasten welcher Krankenkasse man seine Patienten versorgen kann. Auch hier müssten die deregulierenden Corona-Regeln daher weiterleben. „Zudem sichert nur eine angemessene und verlässliche Vergütung den wirtschaftlich gesunden Apothekenbetrieb, der unerlässlich ist, eine adäquate Lohnzahlung für die angestellten Mitarbeiter zu garantieren.“

Pharmaziestudium

0

Studienplätze für Pharmazie in Brandenburg im Vergleich zu 577 Studienplätzen in Bayern, 445 in Nordrhein-Westfalen und 398 in Hessen (Winter- und Sommersemester 2020). (Quelle: Die Apotheke – Zahlen, Daten, Fakten 2021; ABDA)

4.462

Bei einer Einwohnerzahl von ca. 2,53 Mio. Einwohnern im Land Brandenburg versorgt eine öffentliche Apotheke hierzulande im Durchschnitt ca. **4.462** Einwohner. Damit sind wir auf den Stand von 2007 zurückgefallen.

(Quelle: Geschäftsbericht 2020, Landesapothekerkammer Brandenburg)



Zuverlässigkeit auch nach dem Wahltag

Verlässlichkeit auch nach dem Wahltag steht für **Ilka Kunze** im besonderen Fokus. „Ich wünsche mir vonseiten der Politik mehr Zuverlässigkeit, z. B. beim Einhalten ihrer Wahlversprechen. Politiker sollten nicht immer nur etwas versprechen, weil sie gewählt werden wollen. Kämen sie dann in Regierungsverantwortung, neigten allzu viele dazu, dies zu ignorieren, nicht mehr zu kennen, sich davon zu distanzieren oder nur einen Prüfauftrag gemeint zu haben,“ bedauert die Inhaberin der Festungs-Apotheke und der Adler-Apotheke in Peitz. „Ich brauche eine bessere Planungssicherheit für meine Apotheken. Das ständige Hin und Her der politischen Entscheidungen, z. B. beim Ausstellen des Impffertifikates, sorgt bei mir eher für Verunsicherung als für ein Gefühl der Wertschätzung meiner Arbeit.“

**1
MILLIARDE**

Patientenkontakte pro Jahr in den Apotheken bundesweit

(Quelle: Die Apotheke - Zahlen, Daten, Fakten 2021; ABDA)



“
Übermäßige Bürokratie erschwert unsere Kernaufgabe.

Deregulierung der Bürokratie schnell angehen

Anke Nedwed, Inhaberin der Stadt-Apotheke in Mittenwalde, hofft auf eine baldige Deregulierung der Bürokratie. Ein großer Teil unseres Alltags wird inzwischen von bürokratischen Anforderungen aufgeessen. „Wortmonster wie „Repräqualifizierung“, Kostenvoranschläge trotz Präqualifizierung etc. hindern uns an unserer Kernaufgabe, den Nutzen von Arzneimitteln und pharmazeutischen Leistungen für die Patienten erlebbar zu machen. Durch zahlreiche Kontrollmaßnahmen unterliegen wir zudem umfassenden Überprüfungen durch die Landesgesundheitsämter.“ Dort werden räumliche und personelle Voraussetzungen dokumentiert sowie die Einhaltung gesetzlicher Vorgaben regelmäßig überprüft.“ Die doppelte allumfassende Nachweisführung der Eignung einer Apotheke beispielsweise für die Abgabe von Hilfsmitteln sei der Verhältnismäßigkeit der Abgabe solcher Produkte nicht angemessen.



“
Wir brauchen dringend Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten in Brandenburg.

Rahmenbedingungen auch für die Berufserhaltung wichtig

Ulrike Mahr, Inhaberin der Fliesstal-Apotheke in Schildow, wünscht sich grundsätzlich eine klare Haltung der Politik zur Zukunft der flächendeckenden Arzneimittelversorgung durch Apotheken vor Ort. „Dazu gehört neben der gemeinsamen Entwicklung digitaler Prozesse auch die Schaffung von Rahmenbedingungen für die Berufserhaltung. Neben einer Aufwertung der Arbeit als Apotheker/in und Pharmazeutisch-technischer Assistent/in müssen Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten in bedarfsgerechter Anzahl geschaffen werden. Die Zeit drängt.“

Förderung einer flächendeckenden öffentlichen Apothekenversorgung

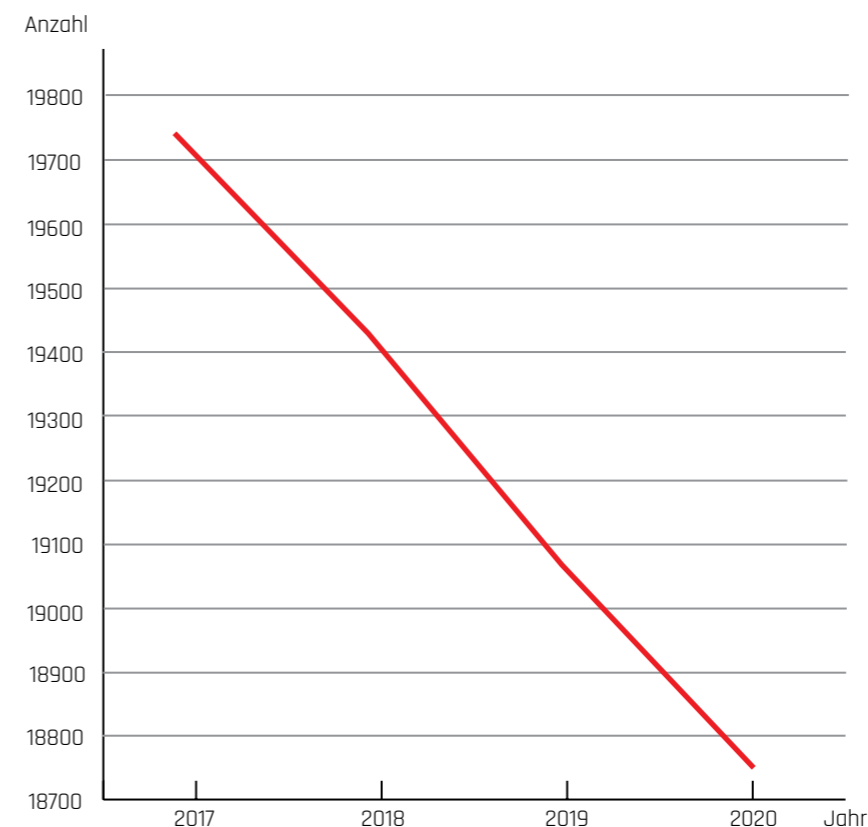
Karen Pank, Inhaberin der Pückler-Apotheke in Cottbus hält es für den falschen Weg, wenn Politiker durch unbedachte Ankündigungen Neiddebatten unter den Gesundheitsberufen „befeuern“. Ihre Aufgabe ist es stattdessen, die interdisziplinäre Zusammenarbeit der Heilberufe zu fördern. „Ich wünsche mir eine verlässliche Gesundheitspolitik, die meine Arbeit und die meiner Mitarbeiter wertschätzt und das auch in der Öffentlichkeit kommuniziert. Die Politik muss die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass wir auch in den nächsten Jahren ohne Zukunftsängste unsere Patienten orts- und zeitnah versorgen können.“ Dazu gehöre dann die Förderung einer flächendeckenden Arzneimittelversorgung durch öffentliche Apotheken, auch und besonders auf dem Land. „Wenn es so weitergeht wie bisher, werden viele kleine Apotheken, welche gerade in der Fläche zur Sicherung des Versorgungsauftrages wichtig sind, in den nächsten Jahren von der Bildfläche verschwunden sein.“



Entwicklung der Apothekenanzahl bundesweit während der vergangenen Legislaturperiode

Die Chance, dass wir Nachwuchs aus anderen Bundesländern bekommen, ist gering.

(Quelle: Die Apotheke - Zahlen, Daten, Fakten 2020 & 2021; ABDA)



Mehr pharmazeutischen Sachverstand nutzen

Davon, dass Apothekerinnen und Apotheker ihrerseits täglich Verlässlichkeit bieten, ist **Tobias Störmer** überzeugt, der als Krankenhausapotheker in der Krankenhausapothek der Havellandkliniken in Nauen tätig ist. Er plädiert dafür, Apotheker verstärkt auf den Stationen der Krankenhäuser einzusetzen. „Ein Pilot bringt seine Passagiere sicher ans Ziel und erhält dafür zuweilen auch Applaus. Damit er das tun kann, arbeiten Fluglotsen unermüdlich im Hintergrund. Deshalb brauchen wir Apotheker auf den Stationen im Krankenhaus, die ihre ärztlichen Kolleginnen und Kollegen kompetent und zuverlässig durch die Vielfalt des Arzneimittelschatzes lotsen.“ Auch Brandenburgs Krankenhäuser könnten von mehr pharmazeutischem Sachverstand und mehr Multiprofessionalität profitieren. Denn: „Apotheker auf Station“ böten das entscheidende MEHR an Arzneimitteltherapiesicherheit.

300.000

Botendienste werden täglich bundesweit durchgeführt.

(Quelle: Die Apotheke - Zahlen, Daten, Fakten 2021; ABDA)

Die **GESUNDHEITSPOLITIK** ...

... ist wahlentscheidend für die Bevölkerung – und ebenso für uns Apotheker.

VERLÄSSLICHKEIT

Apothekerinnen und Apotheker sorgen täglich in den öffentlichen Apotheken und Krankenhausapotheken dafür, dass die Bevölkerung in Brandenburg mit Arzneimitteln versorgt wird. Sie sind damit eine unverzichtbare Stütze des deutschen Gesundheitssystems, auf die auch in Krisenzeiten Verlass ist, wie die vergangenen Monate deutlich gezeigt haben. Die gleiche Verlässlichkeit fordern wir jedoch auch von der Politik. Wir brauchen rechtlich und wirtschaftlich sichere Rahmenbedingungen, die auch sich dynamisch entwickelnde Kosten berücksichtigen. Nur so können Apothekerinnen und Apotheker auch in Zukunft ihren Beruf so verlässlich und engagiert ausüben wie bisher.

WERTSCHÄTZUNG

Wir wünschen uns eine Gesundheitspolitik, die die Arbeit von Apothekern und deren Mitarbeitern in den Apotheken künftig stärker wertschätzt und dies auch öffentlich kommuniziert. Dabei geht es nicht nur um die angemessene Vergütung der Leistungen, sondern vor allem auch um die Investition in die Zukunft des Berufes. Ausbildungs- und Studiemöglichkeiten müssen in bedarfsgerechter Anzahl erhalten und – im Falle von Brandenburg – neu geschaffen werden. Die Zeit drängt, denn in wenigen Jahren wird ein Großteil der Apotheker das Renteneintrittsalter erreichen. Brandenburg kann es sich nicht leisten, auf die Ausbildung von Pharmazeuten im eigenen Bundesland zu verzichten. Die Etablierung eines Studiengangs ist daher dringend geboten.

DIALOGBEREITSCHAFT

Um die Gesundheitspolitik in unserem Land aktiv mitgestalten zu können, wünschen wir uns verstärkt ein offenes Ohr von der Politik für die Belange der Apothekerschaft. Dazu gehören auch der respektvolle Umgang mit Vertretern unseres Berufsstandes und die zielorientierte Wahrnehmung von Gesprächsterminen. Die Gesundheitspolitik ist von zentraler Bedeutung für die Menschen in Deutschland. Als Apotheker mit intensiven und umfangreichen Patientenkontakten sehen wir uns als Vermittler zwischen den Bürgern und der Politik, wenn es um die Versorgung mit Arzneimitteln geht. In dieser Rolle möchten wir gehört und vor allem ernst genommen werden.

FAZIT:

- Apothekerinnen und Apotheker können Probleme lösen.
- Sie wollen das zukünftige Gesundheitssystem mitgestalten.
- Dafür erwarten sie Verlässlichkeit, Wertschätzung und Dialogbereitschaft!

IMPRESSUM

Herausgeber:

Landesapothekerkammer Brandenburg,
Präsident: Apotheker Jens Dobbert
Körperschaft des öffentlichen Rechts,
Am Buchhorst 18, 14478 Potsdam, www.lakbb.de

Redaktion:

Apothekerin Kathrin Fuchs, Telefon: 0331-888 66 0
in Zusammenarbeit mit der 4IMEDIA GmbH,
Trufanowstraße 25, 04105 Leipzig, www.4imedia.com

Redaktionsschluss: 24. August 2021

Projektmanagement/Gestaltung:

4IMEDIA GmbH

Druck:

Kuss Kopierservice GmbH
Karl-Liebknecht-Straße 129
14482 Potsdam

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf eine Differenzierung der Geschlechter (z. B. Apothekerinnen/Apotheker) verzichtet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform hat nur redaktionelle Gründe und beinhaltet keine Wertung.

Quellen:

Geschäftsbericht 2020, Landesapothekerkammer Brandenburg
Die Apotheke – Zahlen, Daten, Fakten 2021;
ABDA – Bundesvereinigung
Deutscher Apothekerverbände e. V.

Fotoquellen:

Alle Portraits: Landesapothekerkammer Brandenburg
Titel: pixabay / estockausdel
S. 2, kleines Foto oben: pixabay / TobiasGolla